

Danziger Zeitung



Beitung

Fernsprech-Anschluß Danzig:

Für Redaktion und Expedition Nr. 16. General-Anzeiger für Danzig sowie die nordöstlichen Provinzen.

Fernsprech-Anschluß für unser Berliner Bureau: Amt IV. Nr. 397.

Nr. 22841.

1897.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. Sie bringt als Sonntagsbeilage die „Danziger Fidelen Blätter“ und den „Westpreußischen Land- und Hausfreund.“ Das Abonnement beträgt vierteljährlich bei Abholung von der Expedition und den Abholstellen 2 Mk., bei täglich zweimaliger Zustellung durch den Postboten 2,75 Mk. Inserate kosten für die sieben gesetzten gewöhnliche Schriftheile oder deren Raum 20 Pf. Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

Die Jahresberichte der Gewerbe-Aufsichtsbeamten.

Die im Reichsomme des Innern zusammengestellten „Amtlichen Mittheilungen aus den Jahresberichten der Gewerbe-Aufsichtsbeamten“ sind wieder sehr spät erschienen. Ehe der Jahrgang 1896 der Öffentlichkeit übergeben worden ist, sind schon mehr als drei Viertel des Jahres 1897 verflossen. Mögen die „Mittheilungen“ auch für wissenschaftliche und publicistische Zwecke noch mit Nutzen gebraucht werden können, so läßt sich doch nicht in Abrede stellen, daß eine Verbreitung in den Kreisen der Arbeitgeber und Arbeiter, die doch gewiß sehr wünschenswerth ist, damit nicht erreicht werden kann. Die Verhältnisse, die sie schildern, gehören heute der Vergangenheit an, und das ist in unserer Zeit und für Männer, die im praktischen Leben stehen, vielfach genug, daß ihnen großes Interesse nicht mehr entgegengebracht wird. Freilich kann man nicht leugnen, daß es sehr schwer sein wird, die „Mittheilungen“ viel früher fertig zu stellen. Sie werden bekanntlich im Reichsamt des Innern nach den Jahresberichten der Beamten der Einzelstaaten fertiggestellt und diese gelangen erst spät an das Reichsamt. Immerhin ließe sich in dieser Hinsicht wohl eine Beschleunigung herbeiführen, zumal wenn die Termine, bis zu denen die einzelnen Beamten ihre Jahresberichte erstatten müssen, etwas früher angezeigt würden. Nachdem die Zahl der Aufsichtsbeamten in den meisten Staaten erheblich vermehrt worden ist, könnten z. B. die Gewerbeäthe, denen in Preußen die Ausarbeitung der Jahresberichte obliegt, sie gewiß früher fertigstellen, als es ihnen früher möglich gewesen sein mag.

Einer größeren Verbreitung steht noch ein zweiter Widerstand im Wege, und dieser Widerstand wirkt vielleicht noch mehr, als das späte Erscheinen. Es ist der hohe Preis der Mittheilungen. Der jetzt vorliegende Jahrgang 1896 kostet im Buchhandel 11 Mark. Das Buch könnte ohne Zweifel erheblich billiger hergestellt werden. Die amtlichen Publicationen des Reichs und des preußischen Staates, die einer Buchhandlung in Verlag gegeben und auf dem Wege des Buchhandels vertrieben werden, sind alle ungemein teuer. Es müßte ein Weg gefunden werden, der es ermöglichte, daß derartige Veröffentlichungen zum Selbstkostenpreise abgelassen werden könnten. Dass dies nicht geschieht, mag zum Theil an der Rosigkeit des Vertriebes auf buchhändlerischem Wege liegen. Es wäre sehr wünschenswerth, daß dieser Punkt einmal im Reichstage von sachverständiger Seite beleuchtet würde.

Aus den „Mittheilungen“ geht hervor, daß im Jahre 1896 in Deutschland wieder 12 Aufsichtsbeamte mehr angestellt wurden, und zwar je fünf in Preußen und Bayern, je einer in Sachsen

und Baden. Einer der bayerischen neu angestellten Assistenten ist dem Arbeiterstand entnommen worden. Damit hat die bayerische Regierung einen Wunsch erfüllt, der in Arbeiterkreisen schon längst ausgeprochen worden ist. Wenn ihre Wahl glücklich gewesen ist; so wird sie sie nicht zu bereuen haben: allerdings wird man zunächst abwarten müssen, wie sich der Versuch bewährt. An sich liegt ja nicht der geringste Grund vor, warum zweifeln zu müssen, daß sich bei uns nicht ebenso gut intelligente und gewissenhafte Arbeiter finden ließen, die ebenso geeignet wären, derartige Posten zu bekleiden, wie in England deren gefunden worden sind. Eine andere Frage aber ist es, ob nicht aus der Menge der Arbeiter Ansprüche an den aus ihren Kreisen hervorgegangenen Beamten herantreten werden, die dieser nicht erfüllen kann, und ob er, wenn er sie nicht erfüllen kann, nicht Anfechtungen und Angriffen ausgesetzt sein wird, die ihm sein Amt verleihen werden. Mancherlei Vorwürfe lassen Befürchtungen in dieser Hinsicht nicht ganz ungerechtfertigt erscheinen. Immerhin ist es anerkennenswerth, daß die bayerische Regierung einen Versuch gemacht hat. In Preußen ist nach den längst erlassenen Bestimmungen über Vorbildung und Prüfung der Aufsichtsbeamten die Anstellung eines Arbeiters ganz ausgeschlossen.

Deutschland.

Eine Festrede.

Im allgemeinen ist man geneigt, Festreden einer Art nicht zu unterziehen, Über schwänglichkeiten darin hingehen zu lassen und sich nicht lange Gedanken darüber zu machen, was der Redner mit diesem oder jenem Sache hat sagen wollen. Indessen kann man sich einer Festrede gegenüber nicht immer so verhalten, namentlich dann nicht, wenn es sich um einen Act handelt, der sich in der großen Öffentlichkeit abspielt und eine größere Bedeutung hat. Vor ein paar Tagen ist nun in Wiesbaden eine Festrede gehalten worden, die aus dem Gesichtspunkte interessant ist, weil sie uns einen Blick in den Ideenkreis eines gerade in jüngster Zeit vielfrequentierten Mannes thun läßt, eines Mannes, der berufen ist, an der Spitze eines der Kunst gewidmeten Instituts zu stehen. Wir meinen den Intendanten des Hoftheaters zu Wiesbaden, Hammerherrn v. Hülsen, und seine Festrede bei der Enthüllung des in Wiesbaden errichteten Denkmals zum Gedächtnisse Kaiser Friedrichs. Im „Reichsanzeiger“ findet man die Rede abgedruckt. Dort lesen wir:

„Wohl darf es schon herblich dort oben in den tieferumrauschten Höhen, in den fallenden Blättern, durch unsere Brust aber zieht wie ein jubelnder Leneslaut mit fluthendem Sonnensimmer die heilige Weise

des heutigen Tages und dieser Stundel... Vor unserem geistigen Auge steigt sie empor, die herrliche Siegfriedsgestalt, groß, ritterlich und gültig und untreinbar von diesem Bilde hallen verklangene Accorde wieder. Es schallt mächtig an unter Ohr der hallende Sturm der Begeisterung... So durfte er ziehen von Kampf zu Kampf, von Sieg zu Sieg, bis um die Fahnenbilder blühend der junge Lorbeer sich rankte... Der Engel des Todes reitet durch die Zeit. Er ruht mit weicher Hand die silbernen Stirnen von Deutschlands ersten Kaisern vom Jollenstamme... Unsterblich dauerst fort in unseren Herzen die heilige Verehrung, die tief empfundene Dankbarkeit...“

Auch ein paar lateinische Worte glaubte Herr v. Hülsen einzufügen zu müssen. Wenn man aber schon lateinische Worte gebrauchen will, so muß man sie auch richtig anwenden. So kann man mit Horaz sehr wohl von einem monumentum aere perennius sprechen, aber man darf nicht sagen: „doch festzuhalten die ehren, geliebten Züge, aere perennius, den kommenden Geschlechtern“ u. s. w. Grammatikalische Fehler muß man auch vermeiden, wenn man lateinisch spricht. Doch dies nur beiläufig. Aus der Rede des Herrn v. Hülsen mag aber noch angeführt werden, daß er dies Denkmal „ein lebendiges Wahrzeichen der alten deutschen Treue“ nennt, „welches gekittet ist mit blutigem Schweiß“, und daß er von dem „erhabenen Haupfe“ spricht, das mit der Kaiserkrone die Krone des Märtyrers gebenedizet. Diese Blumenrede möge genügen. Ist das, was der Intendant des Wiesbadener Hoftheaters da gesprochen hat, noch deutsch? Hat jemals bei uns jemand so gedacht und geredet? Dieser Ton ist gewiß dem deutschen Volke ebenso unverständlich, wie er dem Manne, den er in solcher Weise feiert, unverständlich geblieben wäre, wenn er ihn hätte hören können. Kaiser Friedrich war kein Meister der Rede; aber was er sprach, klang ungesucht, war klar und verständlich und die Natürlichkeit, mit der er sich stets gab, hat ihm nicht zum wenigsten zu der großen persönlichen Beliebtheit im ganzen Volke verholfen.

Die Aufhebung der Dienstcautionen der Beamten in Preußen.

Der schon kurz erwähnte Bericht, in welchem der Minister des Innern unter dem 3. September die Ober-Präsidenten auffordert, sich über die besonders vom Abg. Riedel im Abgeordnetenhaus angelegte Aufhebung der Beamtencautionen zu äußern, liegt jetzt im Wortlaut vor; es heißt in demselben:

Von verschiedenen Seiten ist eine Aufhebung des Gesetzes vom 25. März 1873 (G. S. 125) angerufen, weil das darin geregelte Cautionswesen der Beamten mit Nachtheiten sowohl für diese, als für die Staatsverwaltung verbunden sei, welche die Vortheile überwiegen. Von Standpunkte der Beamten kommt in Betracht, daß nur die Minderzahl im Stande sei, die Amtscaption aus eigenen Mitteln zu bestellen. Wohl

„Das Gesindel!“ schrie er. „Aber verbieten thut's die Polizei nicht!“

Es war klar, daß Herr Lorenz unter diesem Ausdruck einzigt und allein die modernen Stahlrohre verstand.

„Der Herr Schmidt sollten morgen, wenn es dem Herrn Schmidt nichts wieder so geht, zu einem Doctor gehen“, sagte Friedrich.

„Die Doctors verstehen nichts“, erwiderte unwirsch Herr Lorenz.

„Der Herr Schmidt sollten es wenigstens versuchen.“

Herr Lorenz schwieg und Friedrich trug nach einer Weile das Gejirr aus der Stube.

Es schlug zehn. Herr Lorenz löste auf seinem Nachttisch vor dem Bett das Licht. Es schlug elf, zwölf, eins, zwei. Herr Lorenz wachte noch, der Morgen kam und es schlug sieben. Herr Lorenz hatte dumpf geträumt. Er träumte, er wäre in den Reichstag gewählt worden und brächte ein neues Gesetz ein, nach welchem jeder Radfahrer, der auf deutschen Straßen angelassen wurde, mit Gefängnis und Entziehung der Ehrenrechte bestraft würde.

Als Friedrich seinem Herrn den Frühstückskaffee in die Laube brachte, sagte er: „Guten Morgen, Herr Schmidt. Haben der Herr Schmidt wieder schlecht geschlafen?“

Herr Lorenz kam von seinen Gemüsebeeten. Die lustige, helle Morgensonne glänzte über den Beeten und Blumen. Nur Herr Lorenz sah in seinem ganzen Garten nicht morgentlich, nicht lustig und nicht hell aus.

„Wowohnt ein Doctor, Friedrich?“ fragte er streng.

„Gleich das Haus dort gegenüber, Herr Schmidt“, sagte Friedrich, und wies über den Gartenzaun auf eine jenseits der Straße liegende hübsche Villa — Nummer 38.“

Nach einer Viertelstunde stand Herr Lorenz vor der Villa, dem Hause Nummer 38.

Auf dem Porzellanschild an der Thür stand: „Dr. Werther, praktischer Arzt. Sprechstunden 8—9.“

Herr Lorenz sah auf seine Uhr. Es war gerade acht. Er stieg die Treppe hinauf, wo ein zweites Porzellanschild ihn auf die Wohnung des Arztes wies. Herr Lorenz klingelte.

„Kann ich den Herrn Doctor sprechen?“ fragte er ein herausforderndes Dienstmädchen.

„Das ist möglich, Friedrich!“ sagte er.

„Das ist es ganz bestimmt, Herr Schmidt“, entgegnete zuversichtlich Friedrich.

Herr Lorenz schlug mit der flachen Hand heftig auf den Tisch.

hauptsächlich aus diesem Grunde habe das Gesetz die Bestellung der Caution durch andere Personen gestattet, während vorausgesetzt wurde, daß der Beamte aus seinem Vermögen die Caution bestelle. Die Bezahlung der Caution durch die cautionspflichtigen Beamten, deren Zahl sich namentlich durch den Ausbau und die Verstärkung der Eisenbahnen erheblich vermehrt habe, sei, sofern sich nicht vermögende Freunde oder Verwandte dazu hergeben, für den vermögenslosen Beamten mit erheblichen Opfern verbunden und die Klage der Beamten hierüber berechtigt. In den meisten Fällen werde zur Gewährung eines Cautiondarlehen eine Lebensversicherungs-Gesellschaft in Anspruch genommen. Außer den Kosten der Prämie habe der Beamte der Gesellschaft die Cautionssumme mit 5 Proc. zu verzinsen, woraus ihm die Zinsen der Cautionseffekte mit annähernd 3½ Proc. zu gute kommen. Daneben sei regelmäßig eine Bergütung von 1 bis 2 Proc. zu entrichten, wozu in vielen Fällen noch die Amortisationsbeiträge von den Cautiondarlehen treten. Es sei klar, daß hierdurch die wirtschaftlichen Kräfte der Beamten in einer Weise angespannt würden, die zu ihrem dienstlichen Einkommen in der Regel in keinem richtigen Verhältnis steht und unter diesen Umständen sei die Sparsamkeit, zu welcher die Beamten durch das Eingehen einer Lebensversicherung gezwungen werden, von zweifelhaftem Werth. Nicht minder empfindlich seien für die kleineren Beamten die zur Bezahlung der Cautionseffekte bewirkten Gehaltsabfälle. In den Kosten der Eisenbahn-Verwaltung seien z. B. 832 600 Mk. Baarauctionsbeiträge vorhanden; bei einer 3 Prozentigen Verjungung entgehe den Beamten jährlich rund 25 000 Mk. an Zinsen, eine Summe, welche den zur Deckung der Defekte in Anspruch genommenen Betrag um mehr als das Doppelte übersteige.

Nach den auf Veranlassung des Abgeordnetenhauses angestellten Ermittlungen seien von den Staatsbeamten im Jahre 1883/94 Cautionen im Betrage von 43 783 739 Mk. bestellt.

Die Zahl der cautionspflichtigen Beamten habe damals 35 512 betragen. Rassendefekte seien für 1883/94 im Betrage von 162 015 Mk. 89 Pf. festgestellt, also 0,37 Prozent der Cautionssummen. Daran seien befreiigt gewesen: die Gestüfverwaltung mit 70 607 Mk. in einem Falle, die Eisenbahnverwaltung mit 80 068 Mk. 9 Pf. die Justizverwaltung mit 13 512 Mk. 82 Pf.

Die Verwaltung der Cautionsmassen verursache durch die erforderlichen Operationen und Buchungen bei der Annahme und Niederlegung der Cautionseffekte und der zu ihrer Bezahlung bewirkten Gehaltsabfälle, bei der Abtrennung der 4jährigen Zinscheine, Überweisung der Caution bei Verschwendungen der Beamten in einen anderen Verwaltungsbezirk, bei Rückgabe der Caution an den Beamten oder dessen Erben, endlich bei der umständlichen Rechnungslegung den Behörden große Mühe und Kosten. Es sei mit Bestimmtheit anzunehmen, daß die Kosten der Verwaltung im ganzen Deutschen Reich erheblich übersteigen.

Allerdings sei zu erwägen, ob sich nicht die Defekte vermehren würden, wenn die Cautionbefreiung abgeschafft wird. Die Bestellung der Caution wirke vorbeugend und übe einen gewissen Einfluß auf sorgfältig gemachte Amtsführung. Ob diese bei Abschaffung der Cautionspflicht eine gleich sorgsame bleibe würde, lasse sich nicht übersehen. Dem könne jedoch, nachdem

am Anoll'schen Ladenstück gestanden hatte, sprach zu Herrn Lorenz höflich: „Darf ich bitten?“

Auf dem Tische in dem statlichen Consultationszimmer, wohin Herr Lorenz dem Doctor Werther setzt folgte, lag noch ein frisches Manuscript, an welchem Doctor Werther soeben noch gearbeitet hatte. Auf dem Umschlag dieses Manuscripts stand zu lesen: „Der Radsporn als Heilmittel.“ Daß Doctor Werther und seine Frau auf ihren Rädern auch zuweilen Unglück hatten,that dem Enthusiasmus, mit welchem sich der Verfasser seines Themas in dem Manuscript angenommen hatte, keinen Abbruch.

„Wollen Sie gefällig Platz nehmen?“ sagte Doctor Werther.

Herr Lorenz setzte sich.

„Was fehlt Ihnen?“ fragte Doctor Werther.

„Ich leide an Schlaflosigkeit“, erwiderte Herr Lorenz.

Doctor Werther stellte an seinen neuen Patienten noch einige Fragen, die dieser ihm beantwortete.

„Eine Nervenstörung“, sagte er zum Schluss, Medikamente und sonstige Mittel nützen dagegen nicht viel. Ihr Zustand erfordert eine radikale Methode und als solche kann ich Ihnen mit gutem Gewissen nur eine einzige empfehlen.“

„Wenn es so eine Methode nur gibt“, erwiderte Herr Lorenz erleichtert und voll ausbrechender Hoffnung.

„Gewiß!“ entgegnete Doctor Werther bestimmt und fest.

„Und die ist?“ fragte Herr Lorenz.

Doctor Werther legte mit Nachdruck die Hand auf sein Manuscript.

„Sie fahren Rad!“ sagte er.

Herr Lorenz sprang von seinem Stuhl auf.

„Was soll ich?“ stammelte er.

„Sie fahren Rad! Das ist gegen Nervenüberreizung und namentlich damit verbundene Schlaflosigkeit ein unschbares Mittel“, wiederholte Doctor Werther.

Herr Lorenz nahm seinen Hut.

„Mein Name, Herr Doctor“, sagte er mit zitternder Stimme, ist Schmidt, Lorenz Schmidt, und Ihre Rechnung, die schicken Sie mir in mein Haus. Ich wohne Ihnen gegenüber. Bezahlt soll sie werden, für Ihre Methode danke ich aber ergebenst. Adieu!“

Herr Lorenz ging und Doctor Werther sah ihm nach, als bedachte er bei sich, ob er diesen Patienten statt auf eine körperliche, nicht besser auf eine geistige Störung hätte untersuchen sollen.

(Fortsetzung folgt.)

Feuilleton.

Radfahrer. (Nachdruck verboten.)

23) Humoristischer Roman von Heinrich Lee.

Das Haus, welches Herr Lorenz in der Gartenstadt bewohnt, war ein altes, schmalliches, graues und kleines Gebäude, das nur ein Parterregeschoss hatte, aber mit seinem eingedröhnten, rothen Giebelbach freundlich und traumhaft aus dem umgitterten grünen Garten, in dessen Mitte es stand, hervorhob. Es lag abgeschlossen von Menschen und Welt. Auf dem Gitter waren scharfe Spikes aufgesteckt und die Mauerwand, die den Garten an den Seiten teilweise umgab, war mit Glasscherben besetzt, damit es niemanden einfallsig gewaltsam in das Heiligtum Herrn Lorenz' zu dringen, denn die Thür blieb immer verschlossen.

Als Herr Lorenz sich seinem Hause näherte, stand sein alter Diener Friedrich mit einer Gießkanne im Garten und begoss die Bohnenbeete. An den kreuzweise zusammengesteckten Stangen, die oben mit einander wieder eine Längsstange verband, hockten unten den grünen Ranken schon rothe Blüthen empor. Nicht weit von den Bohnenbeeten wuchs Wirsing, Rosenkohl und Kohlrabi. Herr Lorenz war aus Gesundheitsgründen ein Gemüsefreund und deshalb war es sein Diener Friedrich auch.

Friedrich war einst bei der Schmidt'schen Firma Kassenbote gewesen. Als Herr Lorenz sich in dem Garten sein Hausewesen einrichtete und er jemand brauchte, der es im Stande hielt, war sein Auge auf Friedrich gefallen. Ein weibliches Wesen hätte Herr Lorenz nicht um sich extragen. Friedrich war Junggeselle und schon aus diesem Grunde fühlte Herr Lorenz gegen ihn ein geringeres Misstrauen, als gegen andere bestimmte Leute. Außerdem hatte Friedrich in seiner Jugend Koch gelernt, durch den Militärdienst war er aus seiner Karriere geschleudert und in das Schmidt'sche Handlungshaus verfliegen worden, bis seine irdische Laufbahn nun unter den erblühenden Speckbohnen, zwischen Kohlrabi- und Wirsinghäuptern in Frieden sich vollendete.

Als Herr Lorenz vor seiner Gartenthür den Schlüssel aus der Tasche zog, stellte Friedrich seine Gießkanne auf die Erde und begab sich in's Haus. Eine Viertelstunde später sah

sich herausgestellt, daß der Staat durch die Cautionsleistung keinen Nutzen, sondern Schaden habe, keine ausschlaggebende Bedeutung beigegeben werden.

In Frage könne kommen, ob nicht die Zurückzahlung der erheblichen Cautionsbestände in finanzieller Beziehung mit nachtheiligen Folgen für den Taus der Staatspapiere verbunden sein würde. Solche seien aber nicht zu befürchten, da sich nicht annehmen lasse, daß die ganze Masse der Cautionspapiere an den Effectenmarkt gelangen würde; außerdem könne gesetzlich bestimmt werden, daß die Rückgabe der Cautionspapiere nicht auf einmal, sondern in mäßigen Zeitabschnitten zu erfolgen habe.

Auf die Communalbeamten findet, so heißt es zum Schluß, das Gesetz vom 25. März 1873 unmittelbar keine Anwendung. Ueberall aber würde das Streben der Communalbeamten, denen die Stellung von Caution schwierig oder lästig ist, in verstärktem Maße auf Beseitigung des Cautionswesens gerichtet werden, sobald die Cautionsstellung bei den Staatsbeamten abgeschafft wird.

Ohne weiteres ist klar, daß es sich nicht empfehlen kann, den Communalverbänden das Erheben von Cautionen bei ihren Beamten gesetzlich zu verbieten. Im übrigen aber fragt es sich, ob und in welcher Richtung die bestehenden Bestimmungen der Abänderung bedürfen, falls das Gesetz vom 25. März aufgehoben wird.

Der Widerstand gegen die Vorlage über die ärztlichen Ehrengerichte.

Die ungünstige Aufnahme, welche der neue Entwurf eines Gesetzes betreffend die ärztlichen Ehrengerichte selbst bei denjenigen Interessenten gefunden hat, welche bei der seit 20 Jahren betriebenen Agitation tonangebend gewesen sind, macht es wahrscheinlich, daß von der Vorlegung des Entwurfs an den Landtag Abstand genommen wird. Namentlich dürfte die starke Mehrheit in's Gewicht fallen, mit der die brandenburgische Aerztekammer die Vorlage grundföhlich abgelehnt hat. Daß durch die Einsetzung staatlicher Ehrengerichte der ärztliche Stand als solcher geboten werden könnte, wird zumeist von vornherein für ausgeschlossen erachtet. Wenn das Ehrengericht die ärztliche Praxis untersagt, wird in aller Ruhe als Ausrufender weiter hantieren, indem er alle diejenigen Functionen, die ihm selbst untersagt sind, durch einen wirklichen „Art“ vornehmen läßt. Andererseits wird aber vielfach befürchtet, daß die staatliche Organisation die Handhabung zu einem Eliquenwesen bieten könnte, welches fast noch schlimmer wäre, als die staatliche Bevormundung, von der man, je länger die Discussion dauert, um so weniger etwas wissen will.

* Berlin, 22. Okt. An die Reise des Admirals Tirpitz an die süddeutschen Höfe haben sich allerlei Commentare gehüpfst; was den Besuch in Stuttgart anlangt, so ist die „Frankl. Ztg.“ in der Lage, feststellen zu können, daß dieser einen rein formellen Charakter hatte und jeder politischen Bedeutung entbehrt. Dies geht schon daraus hervor, daß kein einziger der Minister, denen Admiral Tirpitz seine Aufwartung mache, zu Hause war, so daß der Staatssekretär des Reichsmarineamts hier nur einige Bittschriften verbraucht hat. Auch die Begegnung mit dem Könige vollzog sich ganz in den höfischen Formen; an dem Tage, an dem Tirpitz in Stuttgart weilte, war auch der König — der seine Sommerresidenz zur Zeit in Marienwahl bei Ludwigsburg hat — in Stuttgart. Aber der Admiral wurde nicht hier im Residenzschloß empfangen, sondern war zum Abend nach Marienwahl geladen, wo er sich dem Könige vorstelle und hernach zur Tafel gejogen wurde. Gleichzeitig mit Tirpitz war nur der preußische Gesandte und ein paar Hofstaaten zu Tisch geladen; das deutet nicht auf die Erörterung politischer Fragen. Die Meldung, Herr Tirpitz sei der erste Staatssekretär, der an nichtpreußischen Höfen Besuche mache, ist ebenfalls unzutreffend; vor zwei Jahren weiste z. B. der damalige Staatssekretär des Reichskanslers, Graf Posadowski, einige Tage in Stuttgart und hatte wiederholt Besprechungen mit dem württembergischen Finanzminister.

* [Fürst Bismarck] hat eine Einladung zu der am Freitag, den 22. Oktober, in Hamburg stattfindenden Enthüllung des Denkmals für den Bürgermeister Peterken unter Hinweis auf seinen derzeitigen schlechten Gesundheitszustand mittels Schreibens an den Präsidenten hinrichen dankend abgelehnt.

* [Abg. Liebknecht] schreibt dem Leiter der Pariser „Pet. Republ.“, er werde seine vier Monate Gefängnis trock der Härte der preußischen Gefängnisordnung ruhig ertragen; an dergleichen Unfälle sei er gewöhnt. Die Taktik des deutschen Socialismus bleibe der Formel getreu: „Für den Militarismus keinen Mann und keinen Pfennig!“; es sei nicht wahr, daß in der Partei der Opportunismus siege.

* [Eine Reminiszenz an Windthorst und Grillenberger] bringt die „Volkszg.“: Es war in der Session 1890—93, als Windthorst und Grillenberger in einer Debatte über Colonialpolitik und Missionswesen hart an einander gerieten, nebenbei gesagt, in durchaus ungemessener Form. Denn beide Parlamentarier pflegten selbst in der Höhe des Gefechts niemals unparlamentarisch zu werden. Windthorsts Rede gipfelte in der Anschauung, die Gewinnung der Colonien müsse sich mit Hilfe von Flinten und Bibel vollziehen. Der entgegengesetzte Standpunkt Grillenbergers bedarf keiner näheren Auseinandersetzung. Nach dem ziemlich heftigen Wortgefecht, an welchem sich die sozialdemokratische Fraktion durch Triumphenreichlich beteiligte, sieg Windthorst von der obersten Treppenfuß der zu den Referentenplätzen hinaufführenden Treppe zur Linken, von der aus er zu sprechen liebte, hinab, um Grillenberger, wie er diesem sagte, persönlich kennen zu lernen. Windthorsts Kurzsichtigkeit war bekanntlich so groß, daß man behaupten könnte, er habe keinen seiner parlamentarischen Collegen von Angesicht gekannt, der ihm nicht unmittelbar in greifbarer Nähe gegenüberstanden hätte. Windthorst begab sich also zu dem Platz Grillenbergers, der in seiner ganzen Größe vor dem winzig kleinen Windthorst stand. Dieser beugenscheinigte den Gegner, den dritten Mann in dem berühmten Majoritätstriumvirat, von unten — er fing unten an, weil ihm das bequemer lag — bis oben, schüttelte ihm die Hand, und unter den Befürmerungen gegenseitiger persönlicher Hochachtung schieden die beiden Männer, die sich eben noch so energisch bekämpft hatten, freundschaftlich von einander.

* [Über die Ursache von Grillenbergers Tod] meldet der „Vorwärts“ aus München: Der Sectionsbefund ergab die Verstörung des Gehirns in Folge rechtzeitiger Blutung. Das Herz war abnormal groß, die linke Gesichtseite

und linke Körperhälfte gelähmt, die hinteren Gehirnarterien verkalkt.

* [Bäckerbörse.] Die von der Berliner Bäckerinnung im Juli d. J. in's Leben gerufenen Mehlbörsen hatten sich in letzter Zeit keines besonders lebhaften Zuspruchs zu erfreuen. Es ist deshalb beschlossen worden, jetzt nur noch an einem Tage in der Woche (Freitags) die Mehlbörsen abzuhalten.

* [Neue Prüfungsordnung für Mediziner.] Im Cultusministerium wird, wie die „Berliner Wissensch. Corr.“ meldet, zur Zeit eifrig an der Sichtung der von den einzelnen Staaten, den Universitäten und Aerztekkammern eingegangenen Urtheile über die neue Prüfungsordnung für Mediziner gearbeitet. Nach Durchsicht der eingegangenen Gutachten sollen diese als Manuscript gedruckt und den beteiligten Kreisen zugestellt werden.

* [Die Pariser Weltausstellung von 1900] behandelte der deutsche Reichscommissar Geh. Reg.-Rath Dr. Richter ausführlich im Verein Berliner Kaufleute und Industrieller. Die Ausstellung soll am 15. April 1900 (am Ostermontag) eröffnet werden, die Gesamtkosten sind auf 100 Millionen Francs veranschlagt. Über die Platzvertheilung sind noch keine näheren Bestimmungen getroffen worden, über die Baulichkeiten und deren innere Ausstattung ist gleichfalls noch nichts beschlossen. Die Weltausstellung, deren Mittelpunkt das Marsfeld bildet, wird in eine industrielle Hauptausstellung und in eine Centenarausstellung, welche die Erfindungen und die technischen Fortschritte des 19. Jahrhunderts veranschaulichen soll, zerfallen. Eine Fläche von 108 Hectaren gegen 96 bei der 1889er Ausstellung wird benutzt werden, 89 Hectare sind für Baulichkeiten aller Art reservirt worden. Die Ausstellung wird in 18 Hauptgruppen und diverse Untergruppen zerfallen. An dem Ufer der Seine wird Deutschland einen 700 Quadratmeter umfassenden Palast erhalten. Der Redner erwähnt, daß es seinen Bemühungen gelungen sei, einen verhältnismäßig großen Platz für deutsche Erzeugnisse zu bekommen. Nur die besten Fabrikate, soßlos der Redner, sollten im Interesse der deutschen Industrie ausgestellt werden.

Telegraphischer Specialdienst der Danziger Zeitung.

Wie König Ludwig II. über Preußen dachte.

Berlin, 22. Okt. Der bayerische Particularismus treibt gegenwärtig wieder üppige Blüthen. Der „Münch. Generalanzeiger“ heißt unter der Überschrift: „Wie König Ludwig II. über Preußen dachte“ eine Anzahl Ausprüche mit, welche König Ludwig II. von Bayern angeblich über Preußen gehabt haben soll. Das Blatt will in den Besitz von Briefen gelangt sein, die ein Vertreter des Königs in dessen Auftrage geschrieben haben soll. Die Briefe stammen aus den Jahren 1871, 1873 und 1876. In dem ersten Briefe heißt es:

In letzterer Zeit haben Majestät öfters die Münchener Zeitungen gelesen und gefunden, daß diese Blätter sich meistens mit dem deutschen Kaiser und Kronprinzen beschäftigen, in überschwänglicher lobhündler Weise über diese schreiben, während von Majestät nur vorübergehend, oder auch gar nicht Erwähnung geschieht. Majestät nehmen nun fest an, daß diese Zeitungsredakteure im preußischen Solde stehen, und daß eigens von der preußischen Regierung bezahlte Correspondenten angestellt sind, die die Aufgabe haben, die Münchener Blätter mit solchen schändlichen Artikeln zu füllen. Majestät lassen nun an Herrn Hofrat die Frage stellen, ob es nicht möglich sei, mit Geldmitteln aus der königl. Kabinettskasse ebenfalls einige taugliche Männer anzustellen, denen die Aufgabe würde, die allerhöchste Person gehörig in der Presse zu vertreten, und zu machen, daß der Name des Königs öfter und gut klingt, von der Bevölkerung gelesen werde. Diese Männer hätten ferner dafür zu sorgen, daß allenfalls von Majestät, oder vom Cabinet ausgehende Artikel in bestimmte Blätter aufgenommen würden, um die schlechten preußischen Tendenzen zu schwächen.

In dem zweiten Briefe läßt der König den Oberstleutnant v. Cauer beauftragen, der Königin-Mutter beizubringen, daß sie in Gegenwart des Königs nie mehr über Politik sprechen, ja nicht aber sich lobend über Preußen äußern möge. In einem dritten Schreiben heißt es, „daß es Majestät unangenehm berühre, überhaupt sich nicht scheide, daß bei Festlichkeiten immer das erste Hoch auf den König von Preußen und das zweite erst auf den eigenen Landesherrn ausgebracht werde. Dr. Trost soll Gorge tragen, daß dieses endlich einmal abgeschafft werde.“

(Die Unterschrift unter den Briefen ist nicht mitgetheilt. „Ein bayerischer Wind“, sagt das Münchener Blatt, „hat uns die Briefe auf den Redaktionstisch gewehrt.“ So lange aber besagte Unterschrift fehlt, klingt die Sache eben auch recht „windig“.)

Berlin, 22. Okt. Der Reichskanzler Fürst Hohenlohe wird der „Nordd. Allg. Ztg.“ zufolge voraussichtlich am Montag nach Berlin zurückkehren.

— Im Reichspostamt ist heute die vom Staatssekretär v. Podbielski einberufene Konferenz von Mitgliedern hervorragender Handelskammern und anderer kaufmännischer Körperschaften zusammengetreten.

— Die Regierungen hoffen, wie die „Mil. Pol. Corr.“ mittheilt, dem Reichstage noch in der nächsten Tagung einen Gesetzentwurf über die Bekämpfung des Bauschwindels vorlegen zu können.

— Zu der Nachricht über die Gründung von Reformschulen erfährt die „Auszg.“, die ganze Sache beschränkte sich darauf, daß der Versuch mit den Reformschulen noch an einigen anderen Orten als in Frankfurt a. M. gestaltet ist, weil er nur so zu zuverlässigen, von der besonders günstigen Lage und den Verhältnissen in einer einzelnen Stadt unabhängigen Ergebnissen führen kann. Im übrigen nimmt das Unterrichtsministerium nach wie vor durchaus eine abwartende Haltung zu dem Reformversuche ein.

— Die erste Berliner Schuhmacher-Rohstoff-Association hat sich nach nahezu dreißigjährigem Bestehen aufgelöst.

Berlin, 22. Okt. Bei der heute Nachmittag fortgesetzten Sitzung der 4. Klasse der 197. preußischen Alters-Lotterie fielen:

3 Gewinne von 10 000 Mk. auf Nr. 39 584 76 155 207 035.

3 Gewinne von 5000 Mk. auf Nr. 182 587 197 782 221 826.

37 Gewinne von 3000 Mk. auf Nr. 123 1240 12 828 20 487 21 672 26 882 30 929 31 056 31 940 36 035 39 974 40 908 48 600 53 190 74 652 74 826 75 181 78 925 90 664 94 013 101 273 107 823 111 454 117 503 123 906 126 053 126 424 139 260 140 360 145 078 148 608 167 438 168 167 174 553 175 033 190 511 194 819 199 759 201 152 210 151.

50 Gewinne von 1500 Mk. auf Nr. 22 973 26 741 26 933 27 517 33 300 49 074 52 207 53 291 63 087 64 204 72 787 77 771 81 229 82 275 86 298 90 308 97 403 97 992 99 998 100 498 100 937 103 376 108 605 112 366 115 908 119 876 119 981 132 339 137 621 143 719 152 303 152 437 156 432 172 197 175 429 177 792 180 311 193 193 197 716 198 451 198 953 201 708 203 777 208 527 209 520 212 199 213 470 221 500 222 262 224 459.

Posen, 22. Okt. Die hiesige Handelskammer ist dem Antrage der Eisenbahndirection Breslau auf Herabsetzung der Fracht für Zucker aller Art zur Ausfuhr beigetreten.

Baden-Baden, 22. Okt. Der Fürst von Montenegro reist heute zum Besuch des Zaren nach Darmstadt.

München, 22. Okt. Die Kammer der Abgeordneten setzte heute die Beratung der Anträge Rohinger und Pichler fort, welche von den Antragstellern in einem gemeinsamen Antrag zusammengezogen waren. Nach langer Debatte wurde ein Antrag auf Ausschusserhebung abgelehnt, der Antrag selbst aber angenommen.

Paris, 22. Okt. Heute früh sechs Uhr wurde in den unteren Räumen der deutschen Botschaft Rauch bemerkt. Es brannten Holzvorräte im Keller. Die Feuerwehr war alsbald zur Stelle und löste das Feuer. Der ganze Holzvorrath ist verbrannt. Den ganzen Vormittag stand eine beträchtliche Menschenmenge vor der Botschaft. Die Entstehungsursache des Feuers ist noch unbekannt.

Paris, 22. Okt. In der Kammer gelangte heute der Gesetzentwurf betreffend die Bildung eines neuen Armeecorps-Bezirks in Frankreich zur Vertheilung. In der Begründung wird ausgeführt, der Effectivbestand der 6. Corpsbezirke der vereinigten Truppen lege dem Commando eine schwere Aufgabe auf, die zu erleichtern von Bedeutung sei. Um das Functioniren der verschiedenen Dienstwege unter besseren Bedingungen zu sichern, sei es vortheilhaft, das 6. Corps jogleich in zwei Theile zu zerlegen. Die Zertheilung könnte schon heute ohne nennenswerthe Kosten durchgeführt werden.

Paris, 22. Okt. Der „Radical“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem Fürsten Metternich, worin derselbe erklärt, er glaube trock der Trinksprüche an Bord des „Pothau“ nach wie vor nicht an das Bestehen eines geschriebenen Bündnisvertrages zwischen Russland und Frankreich. Der Zweck der russischen Politik müsse sein, polnischen Frankreich und Deutschland freundliche Beziehungen herzustellen. Für Russland sei nichts wichtiger, als die Freundschaft mit Deutschland. Auch in Ägypten könne nur ein Einvernehmen Frankreichs mit Deutschland und Russland Ergebnisse zeitigen, wie Frankreich sie wünsche. Er werde demnächst nach Berlin und Paris reisen, um für diese Anschaufungen zu wirken.

Copenhagen, 22. Okt. Im Folketing erklärte heute der Ministerpräsident Hörring, das ganze Ministerium sei mit der vom Folketing in der letzten Tagung angenommenen Tagesordnung bezüglich der Aufrechterhaltung der Neutralität bei etwaigen Conflicten anderer Staaten einverstanden. Das Ministerium beabsichtige keine Aenderung der Heeresorganisation zu beantragen, dagegen eine Verlegung der jütländischen Brigade nach Seeland. Die Anlage von Küstenbatterien auf Seeland sei im höchsten Grade wünschenswert.

Petersburg, 22. Okt. Hiesigen Blätter zufolge gehen beim Finanzministerium zahlreiche Petitionen landwirtschaftlicher Genossenschaften aus ganz Russland ein, worin der Erlaß eines Ausfuhrverbotes für Aleie und Delkuchen in diesem Jahre gefordert wird, da die Viehernährung schon äußerst schwierig geworden sei.

Warschau, 22. Okt. Der „Auriger Warszawski“ meldet, daß der Bau der Eisenbahn Lodz-Kalisz vom Staate genehmigt sei. Die Bauconcession habe ein privat-Consortium erhalten. Auf diese Weise würde, wenn Preußen seine Bahn von der Grenzstation Skalmierzycze (Provinz Posen) bis Kalisz, 1½ Meilen Länge, weiter baut, eine directe Bahnverbindung Berlin-Posen-Warschau hergestellt sein.

Danzig, 23. Oktober.

* [Herr v. Podbielski in Danzig.] Anknüpfend an die gestrige Erörterung über den dem Staatssekretär des Reichspostamts von einigen Blättern gemachten Vorwurf, daß er nach Art von Harun al Raschid Postanstalten und Posteinrichtungen beobachte, wird uns aus Danzig mitgetheilt, daß der Herr Staatssekretär des Reichspostamts bei seiner Anwesenheit im Schalterraum des Postamts I hier selbst am 5. d. Ms. nicht Generalsuniform, sondern einen Civilanzug getragen hat.

* [Petition wegen Aufhebung des Börsengesetzes.] Die Handelskammer zu Bromberg hatte, wie wir s. J. berichtet haben, beschlossen, eine Petition an den Reichskanzler, betreffend Aufhebung des Börsengesetzes vom 22. Juni 1896, zu richten. Die Petition, deren Wortlaut uns jetzt vorliegt, weist zunächst darauf hin, daß Bromberg keine Börse habe und auch ein terminloser Handelsplatz sei. Die Preisnotierungen sind anerkanntermaßen richtig und zuverlässig gewesen,

obwohl auch dort von einzelnen Landwirthen unbegründete und haltlose Angriffe zuweilen erhoben worden seien. Mit Aufhebung des regelmäßigen Berliner Börsenverkehrs zeigte sich anfänglich eine Stockung und später eine erhebliche Erschwerung im Bromberger Handelsverkehr. Diese unerfreuliche Sachlage verschärfte sich, als eine erhebliche Steigerung des Weltmarktpreises eintrat. Galt das ein lebhafte und nutzbringende Getreideumsatz eintrat, wurde der Umsatz beschränkt und sehr erschwert. Die Berliner Börse hat, wie sich nunmehr herausstellt hat, wesentlich zur Alärung der Marktlage, nicht, wie irrtümlich behauptet wurde, zur „Verfälschung der Marktlage“ beigetragen. Sie war früher das regulierende Bindeglied zwischen dem Weltmarkt und den diesem gleichfalls unterworfenen terminlosen Handelsplätzen. Da dieses Bindeglied nunmehr fehlt, so hat sich unverkennbar durch das Börsengesetz eine weitgehende Schädigung des deutschen Handels, der deutschen Mühlenindustrie und zum Teil der deutschen Landwirtschaft herausgestellt, eine Schädigung, die, je länger der jetzige Zustand andauert, im Bromberger Bezirk immer mehr zunimmt und auf die allgemeine Wirtschaftslage nachtheilig zurückwirkt.

* [Ansiedelungen.] Von der Ansiedelungscommission für Posen und Westpreußen wurden nach einer amtlichen Statistik bis Ende 1896 insgesamt 148 Rittergüter und 35 bürgerliche Besitzungen angekauft; die erworbenen Ländereien haben eine Fläche von 92 724 Hectar und erforderten einen Gebäudewand von 56 159 196 Mk.

Es wurden 3071 Colonien mit einem Flächeninhalt von 70 349 Hectar und einem Werthe von 38 000 000 Mk. angelegt. Die besiedelte Fläche zerfällt in Rentengüter im Umfang von 28 036,42,42 Hectar und einem Werthe von 19 199 481,93 Mk. und in Pachtgüter im Umfang von 6652,80,62 Hectar mit einem Werthe von 2 230 179,56 Mk. Der gesamte Complexe ist an 1975 Colonisten vertheilt worden; es entfallen daher auf den einzelnen Colonisten durchschnittlich 17,56 Hectar mit einem Werthe von ca. 11 265 Mk. In der Zahl der von der Ansiedelungscommission angekauften Güter befinden sich 34 Rittergüter und zwei Bauernhöfe, deren Besitzer Deutschen waren; von polnischen Besitzern sind 117 Rittergüter und 33 Bauernhöfe an die Commission übergegangen.

* [Lafetten-Ansichten.] Am nächsten

wenn er nicht nur seine sonstigen Verpflichtungen gegen die Stadt erfüllt, sondern auch Bürgerrechtsgeld bezahlt hat. Der Referent, Herr Reichsanwalt Jacoby, hob hervor, daß dieser Zustand gewissermaßen ein Anachronismus sei und aus der Zeit vor der Freiheitigkeit kamme, wo jede Commune berechtigt war, ihre Thore der anderen zuzuschließen. Mit dieser veralteten, ja uraltcn Beschränkung hat die moderne Zeit gründlich ausgeräumt. Heute kann ich dahin ziehen, wohin es mir beliebt, wo ich für mich die besten Erwerbsverhältnisse zu sehen glaube und mein bestes Fortkommen erwarte. Diesem Zuge der Zeit folgend, haben denn fast sämtliche Städte über 20 000 Einwohner das Bürgerrechtsgeld aufgehoben, bis auf vier, zu denen Stolp gehört. Ferner sei noch ein anderer Grund für die Aufhebung vorhanden. Nach § 5 der Städteordnung seien die unmittelbaren und mittelbaren Beamten, Geistlichen und Lehrer von der Zahlung des Bürgerrechtsgeldes befreit. Also alle diejenigen, die nun nicht so glücklich sind, unmittelbare oder mittelbare Staatsbeamte, Lehrer, Geistliche etc. zu sein, die müssen Bürgerrechtsgeld bezahlen und sind dann erst berechtigt, das Wahlrecht auszuüben; die anderen, ohne es zu zahlen. Bei der letzten Wahl zur Stadtverordneten-Versammlung waren mahlberechtigt in der 1. Abtheilung 51, in der 2. Abtheilung 195, in der 3. 1363. Bei der letzten Landtagswahl 1893 waren mahlberechtigt: in der 1. Abtheilung 103, in der 2. 332, in der 3. 3442; in der 1. und 2. Abtheilung also rund die doppelte Anzahl, in der 3. Abtheilung rund die dreifache Zahl. Wenn die Vorlage genehmigt wird, werden sich selbstverständlich die Sätze in den einzelnen Abtheilungen in bedeutendem Maße verschieben; aus den 1363 werden ca. 3000, aus 195 350, aus 51 100 Wahlberechtigte. An das Referat schloß sich eine sehr lebhafte Debatte, in welcher Herr Dr. Gaul u. a. ausführte, daß doch in der Gemeinde die Sache anders liege als in dem preußischen Staate. Wenn hier irgendein, führte er nach einem Referat der „Zeitung für Hinterpommern“ aus, durch die Majorität der Arbeiter Beschlüsse gesetzt werden, so leiden die am meisten darunter, die am zahlungsfähigsten sind. Redner bemerkte: Ich gönne dem Arbeiter jedes Recht eines Staatsbürgers in vollem Maße, und der Arbeiter kann sich beiethigen an den Aufgaben des allgemeinen großen Vaterlandes. Aber wir sind noch nicht so weit, daß wir auch hier das gewöge Amtshilf unternehmen, eine große Anzahl von Arbeitern in die Versammlung hineinzubringen. Sehr energisch wurde die Vorlage des Magistrats von Herrn Bürgermeister Mathes vertheidigt, der u. a. bemerkte: „Die Furcht, die Arbeiter unter uns zu haben, sie mitrathen und mithalten zu sehen, ist ganz unbegründet. Sie brauchen nur anzufragen in den Städten, wo das Regulativ nicht mehr besteht. Die Arbeiter hüten sich schwer, Ausgaben zu bewilligen, die unnötig sind. Sie können nur von der dritten Abtheilung gewählt werden. Wenn nun wirklich als Vertreter dieser Abtheilung Arbeiter gewählt werden, so können es höchstens 13 sein, denen noch 26 andere Stadtverordnete gegenüberstehen. Ich meine, wir können hier bei dieser Vorlage mit ganz offenen Waffen fechten. Es gibt eine Gruppe von Herren, die nicht müde wird, zu versichern, daß sie sich der Unterdrückten und des Wohles der Armen ganz besonders annehme. Sie sei es, die gegenüber dem bösen Magistrat den Unterdrückten die Hand biete und ihnen das Rückgrat stärken. Ich meine, diese Herren haben doch heute die Freude, die Gelegenheit zu ergreifen, dem Arbeiter das zu geben, was Noth thut, den Arbeiter in den Städten zu sehen, seine Rechte dem bösen Magistrat gegenüber geltend zu machen.“

Die Vorlage des Magistrats wurde schließlich in namentlicher Abstimmung mit 27 gegen 4 Stimmen abgelehnt.

Biala, 19. Okt. Der sozialdemokratische Gutsbesitzer Ernst Ebdhart aus Komorowen war durch Urteil des niedigen Schöffengerichts wegen Vergehens und Übertrittes des Vereinsgesetzes zu 60 Mk. Geldstrafe verurteilt, und eine Anzahl anderer Personen mit geringeren Strafen. Es war dem E. auf sein Antragen die Erlaubnis erteilt, in seinem Wald am 2. Mai d. J. ein Tanzvergnügen zu veranstalten. E. war aber zusammen mit seinen Leuten mit Musik und entrollter rother Fahne vom Gute nach dem Walde auf öffentlicher Landstraße entlang gezogen. Die von ihm eingelegte Berufung wurde von der Strafkammer Lych verworfen.

Bermischtes.

Das Fahrrad in der kaiserlichen Familie.
In welcher ausgedehnten Weise das Fahrrad in unserer Herrscherfamilie heimisch ist, dürfte die Thatsache ergeben, daß auf Schloß Friedrichshof gegenwärtig nicht weniger als zwölf herren- und Damenräder im Gebrauch der dort zum Besuch weilenden Prinzen und Prinzessinnen sind. Bei dieser Gelegenheit möge folgende hübsche Episode erzählt sein: In dem in der Kaiserstraße zu Frankfurt a. M. befindlichen Fahrradgeschäft erhielt dieser Tag ein Herr in wegbeschuhmtem Sporanzug, machte eine Reihe von Einkäufen und unterhielt sich sodann mit dem Inhaber der Firma in sachgemäßer Weise über Rad und Radsfahren, wobei er außerordentliche radtechnische Kenntnisse entwickelte. Schließlich wollte der Fremde, den der Händler für einen wohlhabenden Frankfurter Bürger hielt, verjedete Sachen nach seiner Behausung geschickt haben, weshalb er zum Aufnotieren seiner Adresse um ein Stückchen Papier bat. „Aber erlösen Sie nicht!“ fügte der Fremde launig hinzu, indem er auf den ihm gereichten Zettel folgende Worte schrieb: „Sr. Agl. hoheit dem Prinzen Heinrich von Preußen, zur Zeit Schloß Friedrichshof bei Cronberg, sonst Aiel.“ Nachdem der Prinz sich noch alle Titulaturen und Ehrenbezeugungen höflich verbitten hatte, ersuchte er den Geschäftsinhaber, wegen einiger Reparaturen demnächst in Friedrichshof mit vorzusprechen.

Im Eis.

Über den Untergang des Walfischfangschiffes „Navarch“ im August im Polarmeer an der Nordküste Amerikas werden jetzt nähere Nachrichten bekannt. Der „Navarch“ stammte aus San Francisco und hatte, wie alle amerikanischen Walfischfangschiffe, die in's Polarmeer gehen, eine große Besatzung an Bord. Etwa 120 Meilen nordwestlich vom Kap Barrow wurde das Schiff vom Eisreise eingeschlossen, und da es unmöglich war, wieder freizukommen, suchte man sich mittels der Boote zu retten. Doch auch diese wurden mit der Triest nordwärts getrieben, weshalb die Besatzung zum Schiffe zurückkehrte. Hiernach machten der Capitän und seine Frau, zwei Steuerleute und vier Matrosen den Versuch, über das Eis zu wandern; zum Übersezen über offene Stellen benutzten sie ein kleines Boot. Nach zwei Tagen begegneten sie einem amerikanischen Regierungskutter, von dem sie gerettet wurden. Unerhörte Leiden standen jedoch den 30 Mann bevor, die an Bord geblieben waren. Der Provinz nahm bald ein Ende und 14 Mann starben an Hunger und Entbehrungen. In jenen wurde das Schiff vom Eis zertrümmert und sank, worauf die noch übrig gebliebene Besatzung auf den Eisstücken südwärts wanderte; aber endlich befanden sie sich auf einer einzelnen Eisscholle und konnten nicht weiter. Auf dieser trieben die Matrosen zwölf Tage hindurch umher. Sie hatten schon

alle Hoffnung auf Rettung aufgegeben, als sie das Walfischfangschiff „Thresher“ antrafen, mit dem sie zum Kap Barrow geführt wurden.

Kleine Mittheilungen.

Berlin, 22. Okt. (Tel.) Im Prozeß gegen den Bankier Sternberg und Genossen wegen Vergehens gegen die Bestimmungen betreffend die Aciengesellschaften sind heute nach zwölftägiger Verhandlung sämtliche Angeklagte freigesprochen worden.

* [Eine kleine Verwechslung.] Folgenden amüsanen Nachtrag zu den Berichten über den sozialdemokratischen Parteitag in Homburg veröffentlicht das „Hamb. Echo“: „In verschiedenen Berichten bürgerlicher Blätter über den Hamburger Parteitag war zu lesen: „Das Verhalten von 25 Partei-Orten sei geradezu diebisch zu nennen. Von den in diesen Orten eingetragenen 149 148 Mk. seien an die Partekasse nur 10 025 Mk. abgeliefert. (Hört! hört! Unruhe!) Einige Orte haben nicht einen Pfennig an die Partekasse abgeliefert. (Unruhe!)“ — Genosse Gerisch hatte im allgemeinen darüber geklagt, daß vielfach große Summen am Orte behalten und nicht an die Centralkasse abgeführt würden und in dieser Hinsicht das Verhalten von 25 Orten als geradezu typisch hingestellt. Ein mit der sächsischen Mundart — Genosse Gerisch stammt aus der Gegend von Plauen im sächsischen Vogtlande — nicht ganz vertrauter Berichterstatter hat statt des „typischen“ Verhaltens ein „diebisches“ herausgeholt und in seinen Bericht hineingebracht.“

* [Neue Eisenbahnwagen.] Mit einem neuen Eisenbahnwagen 8. Klasse werden gegenwärtig auf der Strecke Cassel—Frankfurt a. M. eingehende Versuche angestellt. In diesem Wagen ruhen in den einzelnen Abtheilungen die hölzernen Sitze und Rückwände auf Federn und sind beweglich, so daß während des Fahrens die harten unliebsamen Stöße wesentlich gemildert werden. Der neue Wagen stammt aus der Fabrik der Waggonbaufirma Wegmann in Cassel und wurde von ihr der Eisenbahnverwaltung probeweise zur Verfügung gestellt.

* [Die verkannte Nothbremse.] Der Zug von L. nach O. hielt vor kurzem plötzlich auf freiem Felde an. Darauf natürlich große Besürfung unter den Reisenden, die ein Eisenbahnunglück vermuteten. Die Sache klärte sich aber bald in harmloser Weise auf. Es stellte sich nämlich heraus, daß ein biederer Landwohner die Nothbremse gezogen hatte. Auf die Frage des Zugführers, wie er dazu komme, erwiderte er treuherzig: „Ich will Lust haben. Ich hebe mein, daß Dings wüt dato dar, um die Lustklappen upzomaken.“ Nach der Ankunft in O., wo der Zug mit einer kleinen Verspätung eintraf, bekam das Opfer des verhängnisvollen Irrthums wirklich Lust, und war — im Geldbeutel.

* [Auf die Ergreifung des Schuhmachers Josef Göncz.] Des mutmaßlichen Mörders der Witwe Schulze und ihrer Tochter, ist, wie der Untersuchungsrichter vom Landgericht I durch Säulenanschlag bekannt macht, eine Belohnung von 1000 Mk. ausgelehnt. Die Bemühungen der Criminalpolizei, den Mörder dingfest zu machen, sind bis heute vergeblich gewesen. Auch der Verbleib der geraubten Schmucksachen ist noch nicht aufgeklärt.

* [Über die glückliche Lösung eines schwierigen Problems] wird aus Sarajevo (Bosnien) berichtet: Ein Türke hat jüngst die Frage, wie man den modernen Fahrradsport ohne jegliche körperliche Anstrengung und ohne Motorenbetrieb ausüben kann, in glücklichster Weise gelöst. Der Muselman, ein alter Herr, fuhr auf einem Dreirade, vor das ein Pferd gepasst war, im schärfsten Trab durch die Franz-Josef-Straße in Sarajevo. An den Lenkstangen des Dreirades waren zwei Glocken angebracht, um die Passanten durch das Geläute auf das Herannahen des Sportsmanns aufmerksam zu machen. Ein Wachmann versuchte vergebens, das Gesäß aufzuhalten und den Turken über die richtige Verwendung des Dreirades aufzuklären.

Röhl, 22. Okt. (Tel.) Auf dem Wege von Brühl nach Kierberg wurde ein Briefträger von drei Wegelägerern überfallen, geknebelt und der gesammten Baarschaft beraubt. Die Trolde sind entkommen.

Kunst und Wissenschaft.

Berlin, 22. Okt. (Tel.) Der Wiener Dozent Dr. Leopold Müller soll, wie dem „Berl. Tgl.“ gemeldet wird, einen Bacillus entdeckt haben, welcher die ägyptische Augenkrankheit hervorruft.

Der Professor Landolt in Berlin ist zum ordentlichen Mitgliede der königlichen wissenschaftlichen Deputation für Medizinalwesen ernannt.

Zuschriften an die Redaktion.

Dom Vorstande des hiesigen Bürger-Vereins werden wir um Veröffentlichung nachstehender Erklärungen erüthten. Aus dem oft erwähnten Gesichtspunkte, im Juschriftenteile der Discussion des Publikums möglichst freien Spielraum zu lassen, entsprechen wir lediglich dem Ersuchen, ohne damit zu den Streitpunkten unsererseits irgend welche Stellung zu nehmen.

Red. der „Danz. Tgl.“

Erklärung an die „Danzig. Neuesten Nachrichten“.

Eine Differenz mit einem Nebenmenschen trägt man möglichst und in erster Linie mit ihm allein aus, wenn jener irgend darauf eingehet: so schreibt es die gute Sitte und theilweise auch das Gesetz vor. Meine Absicht, ebenso mit den „Danziger Neuesten Nachrichten“ umzugehen, hat das Blatt zu meinem Bedauern unmöglich gemacht. Ich bemerke dabei, daß ich nichts dagegen habe, wenn jemand, dem es in seinem Amt peilt, sich an diesem oder jenem reibt; oder wenn speziell die „Neuesten Nachrichten“ mit anerkennenswerther Consequenz schon seit einer gewissen Zeit sich nicht mehr an der herrschenden Partei, sondern an der Bürgerpartei reiben und so den Glauben erwecken, als könne nunmehr die Mehrheitspartei behütet und beschützt von den „Neuesten Nachrichten“ für jezt und alle Zeit sicher schlafen. Ich habe auch gar nichts dagegen, wenn meine eigene Person gelegentlich als derartiges „Reibungsobjekt“ herhalten muß, kann aber wohl verlangen, daß, wenn ich einmal aus besonderen Gründen der Wahrheit die Ehre verschaffen will, daß das Blatt dann die Freundschaft hat, meine Intentionen zu unterstützen. Da das nicht der Fall ist, so wende ich mich zur Auflösung an die weitere Dessenlichkeit.

In der General-Versammlung des Danziger Bürgervereins vom 14. Oktober hatte ich außer einem kurzen Hoch, welches ich auf den Jahresbericht eröffneten Vorstand ausbrachte, in zwei einzelnen Anlegeschriften zur Debatte das Wort ergriffen: 1) stellte ich einen Antrag, wonach in dem bevorstehenden Friedlichen Winterhalbjahr der Schwerpunkt der Vereinstätigkeit auf beobachtende

und unterhaltende Vorträge gelegt werden sollte; 2) rüttete ich gegen Schlüß der Versammlung die Biene an die Mitglieder, den Stadtverordneten-Versammlungen recht häufig beizuhören, weil dieses Interesse einmal ermunternd auf die wenigen Verordneten der Bürgerpartei wirke und dann, weil die Berichterstattung der Presse nie ein so klares Bild von demjenigen gebe, was den Einzelnen interessiere. Letzteres belegte ich mit einigen Beispielen, ohne der Presse oder einem einzelnen Blatte einen Vorwurf zu machen.

Aus dem gegen mich stark polemirenden Bericht der „Danziger Neuesten Nachrichten“ (in welchem, nebenbei gefagt, das wirkliche oben in fetter Schrift gedruckte Thema der beiden Dinge gar nicht wiedergegeben wird) muß nun jeder Leser schließen, daß ich nicht bei zweit, sondern bei vier (!) Angelegenheiten das Wort ergriffen hätte.

Das wird nämlich dadurch erreicht, daß sie einmal die Berichterstattung resp. Beiprechung über meine Worte zu Punkt 2 (ich wiederhole: ohne den eigentlichen Gegenstand meiner Ansprache zu verraten) an zwei verchiedenen Stellen und noch obenein falsch resp. in falschem Zusammenhange bringen, — nämlich ganz am Anfang und ganz am Schluss ihres sehr langen Artikels.

Außerdem aber dichten sie mir noch in der Mitte dieses Berichtes eine besondere Rede aus freien Stücken an, welche außer der Polemik gegen einen anderen Redner (Herrn Kolat) noch eine Art communal-politischen Programms enthält — „zur Aufgabe müsse er (der Verein) es sich auf machen, künftig solche Männer in die Stadtverordneten-Versammlung zu senden, die offen ihre Meinung äußern, dann werde sich der Magistrat auch nach den Wünschen der Bürgerschaft richten müssen. Die letzten Worte dieser mir untergeschobenen Rede hatte das Blatt sogar gesperrt gedruckt (!) und dadurch wohl zu erkennen gegeben, was es damit beweist: ich glaube, daß es sich als eine Art „Schleistein“ vorhabe, der den Magistrat gegen die bösen Intentionen der Bürgerpartei „säubern“ müsse. Das untergeschobene Redchen, das der Redner selbst gar nicht gehalten, war dann so eine Art „Witz der Claque“, die manche Leute besser hören, wie die gehaltenen Reden.“

Seinen Bericht mit den oben genannten Unrichtigkeiten brachte das Blatt in seiner Abtheilung „Lokales“.

Ich habe darauf dem Blatte eine aus drei Punkten bestehende Berichtigung in einem den Umständen nach überaus höflich gehaltenen Ton (unter Berufung auf § 11 des Preßgesetzes) zugelangt.

Solche Berichtigungen müssen nach dem klaren Wort des Gesetzes in der nächsten Nummer und an derselben Stelle des Blattes abgedruckt werden, wo die zu berichtigenden Worte gestanden haben.

Bei den „Neuesten Nachrichten“ hat diese Vorschrift des Gesetzes noch eine besondere Bedeutung: für das „Lokale und Provinz“ ist verantwortlich Herr Eduard Pieckher, für den „politischen und gesamten Inhalt des Blattes, mit Ausnahme des lokalen, provinziellen und Interessentheils“ — Herr Gustav Fuchs, der Eigentümer des Blattes.

Meine Berichtigung erschien richtig am 18. Oktober unter der Überschrift:

Eine „Berichtigung“

und mit einer langen Nachrede, welche mit den Worten beginnt:

„Wir haben dieser „Berichtigung“ Raum gegeben, nicht weil sie den Anforderungen des § 11 des Preßgesetzes entspricht, denn wir halten nach wie vor jedes Wort der von Herrn Dr. Lehmann gerügtigen Sache aufrecht.“

Das Auffällige an der Aufnahme der Berichtigung und ihrer „Widerlegung“ durch die „Neuesten Nachrichten“ ist von vornherein der Umstand, daß dieselben nicht wie das Gesetz es vorschreibt, in demjenigen Theil („Lokales“) abgedruckt sind, für den Herr Pieckher, sondern in demjenigen, für den Herr Gustav Fuchs verantwortlich ist!

Entweder hat also Herr Eduard Pieckher geglaubt, er brauche die Berichtigung auf Grund des § 11 nicht aufzunehmen und hat sie deshalb abgelehnt, — oder Herr Eduard Pieckher hat es abgelehnt, die folgende von Herrn Gustav Fuchs gebrachte Erklärung auf sein Conto zu übertragen:

„Wir halten nach wie vor jedes Wort der von Herrn Dr. Lehmann gerügtigen Sache aufrecht.“

Das letztere scheint das Wahrscheinlichere, denn wenn Herr Gustav Fuchs glaubt, die Berichtigung entspreche nicht dem § 11 des Preßgesetzes, und Herr Pieckher lehnt es gerade ab, trotz des Wortlautes des Gesetzes, sie in seinem Theil aufzunehmen:

Warum wurde sie denn überhaupt aufgenommen? Sollte Herr Pieckher vielleicht meiner Erklärung mehr Glauben geschenkt haben, wie derjenigen der „Neuesten Nachrichten“?

Darum muß ich mich in einigen Worten mit Herrn Gustav Fuchs auseinandersetzen.

Herr Fuchs sucht die Unrichtigkeit meiner Berichtigung einfach dadurch zu erklären, daß „Herr Dr. Lehmann sich irrt, wenn er glaubt, zu seiner „Berichtigung“ eine Berechtigung zu haben“, und „man trifft es sehr häufig, daß die Herren überrascht sind, wenn nicht das in der Zeitung steht, was sie zu sagen vorgenommen haben, oder nachher im stillen Rämerlein glauben gesetzt zu haben“.

Ich kann Herrn Fuchs darauf nur erwidern, daß man mit solchen Ausschüssen wohl Verschiedenheiten in den Ausdrücken erklären kann.

Ich habe aber bei Punkt 2 meiner Berichtigung ausdrücklich erklärt, daß ich bei der Gelegenheit überhaupt gar nicht das Wort ergriffen habe. Ich konnte also auch nicht die unterstehende Rede gehalten haben, wie: ist ein Irrthum meinerseits unmöglich und doch erklären Sie, Herr Gustav Fuchs, ohne sich genau zu informieren, daß Sie jedes Wort aufrecht erhalten!“

Gegenüber einer solchen Handlungsweise hört bei mir der Spaß auf und der Ernst tritt in seine Rechte.

Ich frage Sie, Herr Gustav Fuchs:

Ist die Juvelässigkeit der „Danziger Neuesten Nachrichten“ so verhüllt im Lande, daß wenn ich in einer Sache, in der ein Irrthum ausgeschlossen ist, eine ausdrückliche und öffentliche Erklärung abgebe, — Sie nur zu sagen brauchen: Sie halten jedes Wort aufrecht, — um damit meine Worte Lügen zu strafen?

Danzig, 21. Oktober 1897.

Dr. B. Lehmann.

Erklärung.

Unterzeichnete erklären auf Ehrenwort, daß Herr Dr. Lehmann in der Bürgervereins-Versammlung am 14. Oktober im Kaiserhof zu den Ausführungen des Herrn Kolat überhaupt nicht das Wort ergriffen hat, wie die „Danziger Neuesten Nachr.“ es wiederholt bezeichnet haben.

Danzig, den 18. Oktober 1897.

J. Schmidt, E. Hollmich, W. Kolat, G. Lenz,

Wonneberg, C. A. Jander.

Erklärung.

Unterzeichnete erklären hiermit, der wiederholt gebrachten Behauptung der „Danziger Neuesten Nachrichten“ gegenüber, daß Herr Dr. Lehmann in der Bürgervereins-Versammlung vom 14. Oktober im Kaiserhof zu den Ausführungen des Herrn Kolat überhaupt nicht das Wort ergriffen hat.

Danzig, den 19. Oktober 1897.

H. Selke, Th. Prengel, Ernst Brunzen,

Amtliche Anzeigen.

Bekanntmachung.

Zufolge Verfügung vom 21. Oktober 1897 ist das Nr. 291 des Firmenregisters unter der Firma „Culmer Privatbank Rudolph Hirschberger u. Co.“ eingetragene Geschäft des Bankiers Rudolph Hirschberger zu Culm, nachdem es durch Vertrag auf den Bankier Ernst Hirschberger zu Culm übergegangen ist, für diesen unter der bisherigen Firma „Culmer Privatbank Rudolph Hirschberger u. Co.“ zu Culm unter Nr. 389 des Firmenregisters neu eingetragen worden. (1913)

Culm, den 21. Oktober 1897.

Röntgenliches Amtsgericht.

Berdingung von 3731 600 kg

Gebäude in 25 Losen, 35 000 kg

Kloßtafelstein in einem Losen,

67 400 kg Bandesteine in 3 Losen,

138 700 kg Kesselbleche in 3 Losen,

1 168 400 kg Eisenblech, Riffel-

und Steinblech in 18 Losen,

84 000 kg Sprengreinigungen in

3 Losen, 281 550 kg Winkel-

blechen in 10 Losen, 130 500 kg

verschied. Formteile in 7 Losen

und 22 700 kg schwefeleisenerne

Locomotiv-Rauchkammer-Rohr-

wänden in 4 Losen jähr. die

Directionsbezirke Berlin, Magde-

burg, Halle, Stettin, Danzig,

Bromberg und Königsberg i. Pr.

Angebote sind postfrei, ver-

segt und mit entsprechender

Aufführung bis zum 11. November

1897, Vormittags 10 Uhr, an das

Rechnungsbüro Berlin W.

Göthebergerstr. 1-4, einzu-

reichen. Angebotsbogen und Be-

dingungen können im Central-

bureau daselbst, Zimmer 416,

eingesehen, auch von dort gegen

post- und bestellgeldfreie Ein-

forderung von 1.20 M. baar be-

zogen werden. Zuschlagskarte bis

4. Dezember 1897. (21912)

Berlin, den 20. Oktober 1897.

Röntgenliche Eisenbahndirection.

Vermischtes.

Norddeutscher Lloyd, Bremen

Beförderte Passagierzahl über 3 Millionen.
Oceanfahrt nach New York
6-7 Tage.

Schnell-Postdampfer-Linien zwischen

Bremen - New York

GENUA-NEW YORK
Bremen-Baltimore Bremen-La Plata
Bremen-Brasilien Bremen-Ost-Asien
Bremen-Australien.

Nähre Auskunft ertheilt der

Norddeutsche Lloyd, Bremen

sowie dessen Agenten.

Adolf Loht, Danzig, Jakobsneugasse 11.

Für die Herbst- und Winter-Saison
empfehlen in anerkannter Auswahl und billigsten
Preisen (21757)

Pferde-Decken

für Stallzwecke mit und ohne Futter von 2-4 M.
Bessere Gebrauchs-Decken 4½-9
Lugus-Pferde-Decken 10-15
Wasserdrische Pferde-Decken, Wagen-, Reise- und
Schlaf-Decken in jeder Preislage.

Probdecken werden auf Wunsch gerne zugestellt.
R. Deutschendorf & Co.,
Fabrik für Decken, Säcke und Pläne,
Danzig, Milchkannengasse No. 27.

Einbruchs-Diebstähle

vermehren sich erfahrungsgemäß in den Winter-Monaten.

Versicherung

gegen die dadurch herbeigeführten Verluste gewährt die
Transatlantische Feuer-Versicherungs-Aktion-Gesellschaft in Hamburg.

General-Vertreter für Danzig: A. J. Weinberg,
Brodbänkengasse 12, Joseph Bartsch, Fleischerg. 81.

Agenten werden überall gegen hohe Bezüge angestellt.

Berliner Naturheilanstalt.
Berlin S., Sebastianstrasse 27/28, Luisenpark.

Gesamt-Naturheilverfahren. Indiv. Behandl. Grossart.

Kurerfolge. Thure-Brandt-Massage u. Heilgymnastik bei

Frauenleiden. Dir. Arzt Dr. med. Knips-Hasse. Beste

Verpflegung. Prospekte gratis und franco durch die Direction.

Eine Cementwaaren-Fabrik
im Osten Deutschlands, in unmittelbarer Nähe der Provinzial-

hauptstadt, nicht weit von einem schiffbaren Flusse und von einer

Eisenbahnstation gelegen, ist eingetretener Verhältnisse wegen

preiswert zu verkaufen.

Zu dem Fabrikgrundstück gehören 60 Morgen Areal, wovon

20-25 Morgen zu Fabrikationszwecken vorzüglich geeignetes

Material liefern.

Angebote unter Chiffre R. 100 an die Expedition von

Hausensteiner & Bogler, A.-G., Berlin, zu richten. (21914)

Eine kurze Zeit zum Transport von Langholz, Steinholz und Steinen benutzt

Feldbahn,

bestehend aus 7000 Mr. Gleis, 65 mm Schienen, 16 Wagen, sowohl zu Langholz- als auch Erd- und Kiestransport verwendbar, eine dazu passende Locomotive 20 HP., alles 600 mm Spur, sofort im Ganzen oder getheilt — mit oder ohne Locomotive — äußerst billig häuslich, oder auch mitschiff abzugeben. (21490)

Deutsche Feld- u. Industriebahn-Ges.

Danzig, Neugarten 22, Ecke Promenade.

Fernsprecher Nr. 461. Telegramm-Adresse „Lowry“.

Eine kurze Zeit zum Transport von Langholz, Steinholz und Steinen benutzt

Unterricht.

Lessons in
Englisch Conversation
gives Fr. A. Fleischberg. 9, III.

Doppelte Buchführung

einschl. Bilance und Inventur-
abschluss, sowie sonstige Comtoir-
arbeiten lehrt gründlich gegen
mäßiges Honorar

Arthur Falk,

Buchhalter,
Bischofsstraße Nr. 12, III.

Violinunterricht.

Der neue Kursus beg. am 3. Nov.;
wöch. 2 St. i. Schule a. Hakelwerk.
Mon. monatl. 3 M. Anmel. jed.
Mitwoch u. Sonnab. v. 2-4 Uhr
Nachm. i. Schule a. Hakelwerk.

Ober-Secondaner

wünscht Nachhilfestund. i. ertheilt.
Offerten unter A. 355 an die

Expedition dieser Zeitung erbet.

Hubert Ullrich'sche Kräuter-Wein.

Für Magenleidende!

Allen denen, die sich durch Erkältung oder Überladung des Magens, durch Genuß mangelhafter, schwer verdaulicher, zu heiher oder zu kalter Speisen oder durch unregelmäßige Lebensweise ein Magenleiden, wie

Magenkatarrh, Magenkrampe,

Magenbeschwerden, schwere Verdauung oder Verschleimung zugezogen haben, sei hiermit ein gutes Hausmittel empfohlen, dessen vorzügliche heilende Wirkungen schon seit vielen Jahren erprobt sind. Es ist dies das bekannte

Verdauungs- und Blutreinigungsmittel, der

Hubert Ullrich'sche Kräuter-Wein.

Dieser Kräuter-Wein ist aus vorzüglichen, heilkraftigen, befundenen Kräutern mit gutem Wein bereitet, und stärkt und belebt den ganzen Verdauungsorganismus des Menschen ohne ein Abführmittel zu sein. Kräuter-Wein beseitigt alle Störungen in den Blutgefäßen, reinigt das Blut von allen verdorbenen krankmachenden Stoffen und wirkt fördernd auf die Neubildung gesunden Blutes.

Durch rechtzeitigen Gebrauch des Kräuter-Weins werden Magenübel meist schon im Reime erledigt. Man sollte also nicht läumen, seine Anwendung allen anderen ischämen, eckenden, Gesundheit zerstörenden Mitteln vorzusehen. Alle Symptome, wie: Kopfschmerzen, Aufstoßen, Godbrennen, Blähungen, Unbehagen mit Erbrechen, die bei chronischen (veraltenen) Magenleiden um so heftiger auftreten, werden oft nach einigen Mal Trinken beseitigt.

Stuholverstopfung und deren unangenehme Folgen, wie Verstopfung, Kräuterkatarrh, Kräuterklopfen, Schlaflosigkeit, sowie Blutauflauungen in Leber, Milz und Pfortaderstellen (Hämorrhoidalleiden) werden durch Kräuter-Wein rasch und gelind belegt. Kräuter-Wein befreit jedoch Unverdaulichkeit, verleiht dem Verdauungssystem einen Aufschwung und entfernt durch einen leichten Stuhl alle unauglichen Stoffe aus dem Magen und Gedärmen.

Hageres, bleiches Aussehen, Blutmangel, Entkräftung sind meist die Folge schlechter Verdauung, mangelhafter Blutbildung und eines krankhaften Zustandes der Leber. Bei gänzlicher Appetitlosigkeit, unter nervöser Abspannung und Gemütsverstimmung, sowie häufigen Kopfschmerzen, schlaflosen Nächten, siehen oft solche Kranken langsam dahin. Kräuter-Wein gibt der geschwächten Lebenskraft einen frischen Impuls. Kräuter-Wein steigert den Appetit, befördernd Verdauung und Ernährung, regt den Stoffwechsel kräftig an, beschleunigt und verbessert die Blutbildung, beruhigt die erregten Nerven und schafft dem Kranken neue Kräfte und neues Leben. Zahlreiche Anerkennungen und Dankesreden beweisen dies.

Kräuter-Wein ist zu haben in Flaschen à M. 1.25 und 1.75 in den Apotheken von: Danzig, Oliva, Groß-Jünder, Schönbaum, Neukirch, Schöneberg, Langfuhr, Garhausen, Schöneck, Sopot, Dirlschau, Marienburg, Elbing, Bischofswerder, Olsz, Lesten, Tiefenbach, Neustadt, Stuhhof, Jungfer, Tiefenbach, Neustadt i. W., Bork, Bernd, Alt-Rishau, Br. Giagard, Hoch-Stüblau, Delpin, Skur, Mewe, Giuhn, Marienwerder, Riesenborg, Christburg, Neuenburg, Rosenberg, Grauden, Culm, Culmsee, Thorn u. s. w., sowie in den Apotheken aller größeren und kleineren Städte Westpreußens.

Auch vertrieben die Firma „Hubert Ullrich, Leipzig, Weststraße 82“, 8 und mehr Flaschen Kräuterwein zu Originalpreisen nach allen Orten Deutschlands porto- und koffertrei.

Bor Nachahmungen wird gewarnt!

Man verlange ausdrücklich Hubert Ullrich'schen Kräuterwein.

Mein Kräuter-Wein ist kein Geheimmittel; seine Bestandtheile sind: Malagawein 450.0, Weinbrüt 100.0, Glycerin 100.0, Rothwein 240.0, Eberwein 150.0, Kirschkast 320.0, Fenchel, Anis, Helenenwurzel, amerikan. Krautwurzel, Enzianwurzel, Ratumswurzel ca. 10.0.

25 Jahre Garantie

leiste ich nicht allein für die von mir neu erfundene Gesellschaft, sondern für alle anderen Tafel-

decken, ferner für die Kräuter-Weine.

Gustav Voigt,
Bureauvorleiter,
Petershag. a. d. Promenade 28,
neden dem großen Neubau.

Gutes Landbrot,
Hesenbrot, Gauerbrot,
hatzkeins und östl. grobes,
täglich frisch

lieferet frei ins haus die

Brotbäckerei Scharfenort.

Postkarte für Bestellung wird
niederhängt. (1018)

Aus meinem Garten in Sopot
habe einen Posten sehr feiner Tafel-

birnen

zu verkaufen. Paul Zimmermann,
Conditorei,
Langasse Nr. 10.

Geldverkehr.

Mh. 33000 - 40000

werden zur 1. Stelle gleich

Jopengasse 42. s. Zug. (1021)

Cuve 6-7000 M. ländlich
Kreis Danzig, abhängig mit dem

33fachen Grundsteuerbeitrag, per Dejsembr. evtl. auch

früher. Adr. v. Selbstbarleher
u. A. 351 a. d. Exp. d. Igl. erb.

Accord-Zithern mit 3 Monaten
auf 3 M. pro Monat.

solche mit 6 Monaten sofort bei
mir keine 10 bis 16 Monate bis
zum 1. J. mit jährlichem Zinsbör-
dervertrag gegen Radnagel. Ver-
gütung abwechselnd mit
Sobellernschule und Katalog
Borio 80 Pg. Garantie: Um-
tausend gehet, täglich viele Nach-
bestellungen. Kleine Harmonias
von 3 bis 5 M. liefer ebens-
falls. Man kaufe nur bei der
wirklich reellen und billigen
Harmonia. Firmen: älteren
Ranges von HERMANN SEVERING,
Neuenrade N 53 Westfalen.

zu Beteiligung an einem groß-
artigen industriellen Unternehm-

en gehet, Sicherheit und Gewinn nachweisbar.